

Katalanin flieht in die Schweiz

Internationalistinnen. **Kurz vor einem Gerichtstermin vor dem Obersten Gerichtshof in Madrid hat sich Anna Gabriel, ehemalige linke Abgeordnete der «Kandidatur der Volkseinheit» (CUP), nach Genf abgesetzt. Sie musste Spanien verlassen, da sie dort keinen fairen Prozess erwartet.**

Anna Gabriel ist 43 Jahre alt, kommt aus einer ArbeiterInnenfamilie mit langer, radikaler, linker und antifaschistischer Geschichte. Sie versteht sich als Feministin und will hier ihr Doktorat abschließen. Thema: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Die CUP ist ein linksradikales Bündnis, welches die Unabhängigkeitsbestrebungen im katalanischen Parlament massgeblich vorantreibt und verschiedene linke politische Strömungen umfasst. Die Abgeordneten der CUP sind eine Verbindung zur ausserparlamentarischen Massenbewegung, für eine katalanische Republik, auf den Strassen. Das Bündnis hat sich bisher vor allem um Basiskämpfe gekümmert. Anna Gabriel ist nicht mehr angetreten in den vom spanischen Staat erzwungenen Neuwahlen vom Dezember, weil nur kurze Mandatszeiten vorgesehen sind.

Repression à la española

Gabriel ist vor dem 21. Februar, dem Tag des Gerichtstermins in Madrid, in Genf vor die Medien getreten und erklärte, dass sie politisch verfolgt werde. Sie sagte: «Ich werde nicht nach Madrid fahren. Ich werde wegen meiner politischen Aktivitäten gesucht und die Staatspresse hat mich bereits für schuldig erklärt.» Tatsächlich sind die staatstreuen, monarchistischen und faschistischen Medien seit Monaten daran, die republikanischen UnabhängigkeitsaktivistInnen öffentlich anzugreifen und zu beleidigen. Gabriel erklärte auch, dass sie regelmässig ernstzunehmende Morddrohungen von Neonazis erhalten hat. Sie machte diese auch öffentlich, doch die spanischen Behörden taten nichts, um sie dagegen zu schützen.

Die Vorwürfe der spanischen Justiz gegen Gabriel lauten: Rebellion, Volksverhetzung und Veruntreuung von Staatsgeldern (da die katalonische Regierung versuchte, eine Abstimmung über die Unabhängigkeit durchzuführen). Bei einer Verurteilung drohen ihr bis zu 30 Jahre Haft.

Der Oberrichter Pablo Llarena, der schon den Chef der Republikanischen Linken (ERC) Oriol Junqueras, den früheren Innenminister Joaquim Forn, und die Aktivisten Jordi Sánchez und Jordi Cuixart verhaften liess und sie mit fadenscheinigen politischen Begründungen seit Oktober in Haft hält, hat einen Haftbefehl gegen Gabriel erlassen. Der Haftbefehl gelte nur auf «nationaler» Ebene, erklärte die spanische Justiz. Der Richter weiss, dass Vorwürfe

wie Aufruhr, Rebellion und Volksverhetzung vor unabhängigen Gerichten keine Erfolgsaussichten hätten. Nach spanischem Recht ist für eine solche Anklage – darin sind sich praktisch alle JuristInnen einig – Gewalt zwingend notwendig. Die ging in Katalonien bisher stets von Sicherheitskräften oder UnionistInnen aus, aber nicht von der Unabhängigkeitsbewegung.

Die Juristin Gabriel trägt mit ihrer Flucht nach Genf dazu bei, den Druck auf Spanien zu erhöhen. Genf ist Sitz der Uno und deren VertreterInnen haben Spanien schon deutlich gerügt. So hat der Uno-Experte Alfred de Zayas der EU eine «Verschwörung des Schweigens» über die Vorgänge in Katalonien vorgeworfen. In Katalonien würden unter den Augen der EU «viele Artikel des Uno-Pakts über bürgerliche und politische Rechte verletzt».

Die Schweiz als sicherer Hafen?

Laut Llarena soll inzwischen ein Auslieferungsgesuch gestellt worden sein. Das Bundesamt für Justiz sagte am 28. Februar, dass kein solches eingetroffen sei. Man werde einen Antrag aus Madrid aber eingehend prüfen. Der Sprecher des Bundesamtes sagte: «Die Schweiz bewilligt – wie die meisten anderen Staaten – keine Auslieferung und auch keine andere Form der Rechtshilfe für politische Delikte.» Ausnahmen gebe es lediglich bei Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen, Flugzeugentführungen oder Geiselnahmen. Damit sollte es nicht zu einer Auslieferung kommen dürfen. Aber *vorwärts*-LeserInnen erinnern sich, dass die Schweiz sich in anderen klar politischen Fällen als Handlangerin der Verfolgungsstaaten betätigte, wenn radikale linke AktivistInnen betroffen waren.

So wurde 2003 Gabriele Kanze an die spanische Justiz ausgeliefert für angebliche Unterstützung der Eta. Im April 2015 hat die Schweiz den türkischen Linken Mehmet Yesilçali – trotz Asylstatus – an Deutschland ausgeliefert, wo ein durch die Türkei forciertes, politischer Prozess gegen 10 AktivistInnen der «Konföderation der ArbeiterInnen aus der Türkei in Europa» (Atik), die mehrheitlich als Folteropfer in Europa Asyl erhielten, im Gange ist. Yesilçali litt während der Untersuchungshaft unter Misshandlungen durch die Wärter und erlebte eine Retraumatisierung aufgrund schwerer Folterungen in der Türkei der 1980er. Im Dezember 2017 musste



Anna Gabriel. Bild: zVg.

er deshalb aus der Haft entlassen werden, ist aber verpflichtet, am skandalösen Prozess in München, der noch bis Ende Juni dauern soll, teilzunehmen. Die Baskin Nekane Txapartegi, die durch spanische Polizisten gefoltert wurde, konnte aufgrund eines juristischen Kniffes der Auslieferung durch die Schweiz, nach 17 Monaten im Knast, entgehen. Seit September 2017 ist sie frei (siehe Interview Seite 4).

Keine Auslieferung an Folterstaaten

Gabriel vergleicht Spanien mit der Türkei Erdogan. Sie macht auf die ungebrochene Kontinuität vom Faschismus zum spanischen Staat nach Francos Tod aufmerksam. Nie gab es eine wirkliche Aufarbeitung der Geschichte, keine Ahndung der faschistischen Verbrechen, kein Ende der franquistischen Gesetze. Das deutlichste Überbleibsel ist die Folter gegen politische FeindInnen.

Als Antifaschistinnen und Feministinnen begrüssen wir Anna Gabriel in der Schweiz und stellen uns solidarisch an ihr Seite. Keine Auslieferung an Folterstaaten! Si estirem tots ella caura! (Wenn wir alle ziehen, wird er fallen! Liedzeile von Lluís Llach)

Die rebellische Vagina

Am 1. Mai 2014 demonstrierten Feministinnen in Sevilla mit einer Riesenvagina, im Rahmen der Demo zum Tag der Arbeit auf Frauenkämpfe aufmerksam zu machen. Ihre gelungene Parodie einer katholischen Osterprozession, schockierte offenbar konservative Kreise so richtig. Sie forderten unter anderem das Recht, selber über ihre Vagina und ihren Körper zu bestimmen. Drei Frauen stehen deshalb vor Gericht, ihnen wird vorgeworfen, die «religiösen Gefühle Dritter» verletzt zu haben. In erster Instanz wurden sie zwar freigesprochen, doch die katholische Anwaltskammer legte Rekurs ein.

Um die Angeklagten zu unterstützen, bastelten Frauen überall in Spanien selber überdimensionale Vaginas, sei es aus Stoff, gehäkelt oder aus Pappmaché und trugen sie am Karneval oder zu anderen Gelegenheiten auf die Strasse. Es wird gemunkelt, dass auch in Zürich ein Coño insumiso, also eine rebellische Vagina, mitgetragen wird ...

WEITER VON SEITE 4

greift Freiheit auch weiter, als nur aus dem Gefängnis raus zu sein. Ich fühle mich nicht frei. Ich kann mich nicht frei bewegen, weil ich keine Aufenthaltsbewilligung habe. Meine Tochter ist immer noch eine Sans-Papier, die die Behörden selber produziert haben. Für mich war es darum in Bezug auf diese Kampagne etwas schwierig und enttäuschend, als ich aus dem Gefängnis entlassen wurde. Denn die Haftbedingungen, die mich so unterdrückt haben sind immer noch dort. Die Gefängnisse sind immer noch voll. *FreeNekane* bedeutet für mich auch der Kampf gegen diese Haftbedingungen, gegen dieses Haftsystem, gegen die Vernichtungsstrategie, gegen die Straflosigkeit der Folterer. Darum geht für mich der Kampf weiter. Ich habe gedacht, dass diese Kampagne mit mir diesen Kampf weiterführt, weil es ein kollektiver Kampf ist. Ich kann nicht frei sein, wenn andere Frauen immer noch unterdrückt sind, ich kann nicht frei sein, wenn diese systematische Folter nicht anerkannt ist, ich kann nicht frei sein, wenn ich wieder nach Spanien zurückgewiesen werden könnte und diese Gesetze, die mich gefoltert haben immer noch gültig sind. Ich kann nicht frei sein, wenn diese Repression gegen mein Volk immer noch besteht.

Ich habe aber gemerkt, dass das anders ist in der Schweiz. All diese Arbeit, diese schöne Kampagne, diese vielseitige Vernetzung, die wir erreicht haben, die geht nicht weiter. Das war eine kleine Enttäuschung. Ich kämpfe weiter, egal wo wie. Ich kann nicht einfach aus diesem Zug aussteigen. Ich finde,

die Kampagne ist eine Haltestelle vor dem Ziel ausgestiegen. Weil ich als Frau und aufgrund der Klasse unterdrückt wurde und immer noch werde, fühle ich, dass ich weiterkämpfen werde.

Es gibt noch viel zu tun. Mein Motto ist nach wie vor «char es vencer» (kämpfen heisst gewinnen) weil, wie gesagt, ich habe schon viel überlebt. Damals auf dem Kommissariat entschied ich mich, lebendig da rauszukommen. Weiterkämpfen ist wie eine Pflicht. Viele haben das nicht geschafft, achtzehn oder mehr sind gestorben. Es ist auch meine Therapie und es gibt mir Kraft. Trotz der Folter und trotz des Gefängnisses konnten sie mir meine Ideen nicht wegnehmen. Und das ist für mich wichtig – weiterzukämpfen, den Kampf zu gewinnen.

Jetzt bist du draussen ...

Die politische Repression ist weitergegangen. Jetzt einfach bürokratisch. Als ich freikam, musste ich mich an ein System anpassen, mit dem ich nicht einverstanden bin. Da mitzumachen, ist für mich eine andere Art von Gefängnis. Da merke ich die Auswirkungen der Kampagne. Mein Fall ist bekannt, wenn ich meinen Namen sage, kennen mich die Leute und ich bemerke die Anspannung. Sie wollen einen Präzedenzfall unbedingt vermeiden. Auch beim Asylverfahren ging es ihnen darum, einen Präzedenzfall zu vermeiden. Wenn sie zum Beispiel in meinem Fall das Istanbul-Protokoll anerkennen, dann müssen sie das auch für andere anwenden. Das ist eine bürokratische Geschichte. Auch die verlangten Dokumente

sowie die Warterei auf die B-Bewilligung sind reine Schikane.

Das alltägliche Leben wird mir extrem erschwert, zum Beispiel ein Telefon auf meinen Namen zu registrieren oder eine Wohnung zu mieten, das geht alles noch nicht. Das nimmt mir viel Kraft und Zeit, weil ich von Behörde zu Behörde rennen muss und ich keine klaren Antworten bekomme. Aber ich gebe nicht auf. Ich merke, dass sie solchen Widerstand nicht gewohnt sind und ich habe deshalb auch schon rassistische Aussagen erlebt auf dem Migrationsamt. Ich werde meine Meinung nicht verstecken. Weitersagen, weiterkämpfen. Zudem habe ich Leute in meinem Umfeld, die mir helfen können. Manchmal frage ich mich, wie das andere Leuten ohne Aufenthaltsstatus, die die Sprache nicht kennen oder keine solche Solidarität haben, schaffen.

Mit meiner Erfahrung möchte ich das thematisieren und öffentlich machen, damit die Leute sehen, dass hier nicht alles schön demokratisch und neutral ist. Alle Anlässe, zu denen ich eingeladen werde, werde ich besuchen, wenn ich kann. An die Öffentlichkeit zu gehen und das Bewusstsein weiterzubreiten, zu zeigen, dass ich nicht aufgegeben habe, finde ich wichtig. Ich tue es auch für alle die Leute, die in dieser Zeit solidarisch waren.

Der nächste Anlass wird der 1. Mai sein. Dort werde ich alles sagen, was ich bis jetzt gesagt habe, aber auf einer Bühne und nicht mehr von meiner Zelle aus. Das wird emotional und extrem schön sein.